

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/1772

zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück u.a. SPD

Drs. 15/2658

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Prinzip "Wald vor Wild"**

(Drs. 15/1772)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück u.a. SPD

Drs. 15/2660

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Körperschaftswald**

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück u.a. SPD

Drs. 15/2661

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Vorbildliche Waldnutzung**

(Drs. 15/1772)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück u.a. SPD

Drs. 15/2662

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Aufstellung und Verbindlichkeit von Waldfunktionsplänen**

(Drs. 15/1772)

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück u.a. SPD

Drs. 15/2663

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Waldfunktionspläne**

(Drs. 15/1772)

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück u.a. SPD

Drs. 15/2664

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Bejagung**

(Drs. 15/1772)

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück u.a. SPD

Drs. 15/2665

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Gemeinwohlleistungen, AöR, Jagd**

(Drs. 15/1772)

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück u.a. SPD

Drs. 15/2666

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Waldfunktionspläne verbindlich umsetzen**

(Drs. 15/1772)

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück u.a. SPD

Drs. 15/2667

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Einvernehmen mit den Forstbehörden**

(Drs. 15/1772)

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück u.a. SPD
Drs. 15/2668

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Pflicht zum Erhalt des Forstvermögens
(Drs. 15/1772)

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück u.a. SPD
Drs. 15/2669

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Sicherung der forstfachlichen Betriebsführung im Körperschaftswald
(Drs. 15/1772)

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück u.a. SPD
Drs. 15/2671

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Aufgaben der Unteren Jagdbehörde
(Drs. 15/1772)

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Heidi Lück u.a. SPD
Drs. 15/2672

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Wissenstransfer
(Drs. 15/1772)

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Drs. 15/2678

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Grundsatz "Wald vor Wild" im Gesetz verankern
(Drs. 15/1772)

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Drs. 15/2679

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Körperschaftswald
(Drs. 15/1772)

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Drs. 15/2680

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Waldfunktionspläne erhalten
(Drs. 15/1772)

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Drs. 15/2681

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Natürliche Verjüngung sichern I
(Drs. 15/1772)

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Drs. 15/2682

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Natürliche Verjüngung sichern II
(Drs. 15/1772)

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Drs. 15/2683

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: "Sonstige Belange der Jagd" keine Gemeinwohlfunktion
(Drs. 15/1772)

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dür, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Drs. 15/2684

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern
hier: Besondere Gemeinwohlfunktionen auch in Körperschaftswäldern erbringen
(Drs. 15/1772)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Drs. 15/1772 mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

§ 1 wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 2 werden in Art. 1 Abs. 2 Nr. 2 nach dem Wort „Waldes“ die Worte „unter Berücksichtigung des Grundsatzes ,Wald vor Wild‘“ eingefügt.
2. Nr. 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Einleitungssatz erhält folgende Fassung:
„Art. 4 und 5 erhalten folgende Fassung:“
 - b) In Art. 4 Nr. 4 werden nach dem Wort „ausreichende“ die Worte „und gesicherte“ eingefügt.
 - c) In Art. 5 Abs. 2 Satz 2 werden nach den Wörtern „jeweiligen Funktionen“ die Worte „-insbesondere die Schutzfunktionen im Bergwald-,“ eingefügt.
 - d) Die Neufassung des Art. 6 entfällt.
3. Nr. 16 wird wie folgt geändert:
 - a) Art. 18 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 4 erhält folgende Fassung:
„⁴ Hierzu soll die natürliche Verjüngung der standortgemäßen Baumarten durch eine auf einen artenreichen und gesunden Wildbestand ausgerichtete Bejagung im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen ermöglicht werden.“
 - bb) In Satz 5 Nr. 1 werden die Worte „sonstigen“ und „der Jagd,“ gestrichen.
 - cc) In Satz 5 Nr. 3 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
 - dd) In Satz 5 Nr. 4 wird der Punkt durch das Wort „und“ ersetzt.
 - ee) Es wird folgende neue Nr. 5 angefügt:
„5. besondere Belange der Jagd wie die Reduktion von Schwarzwild und die Be-

standssicherung ganzjährig geschonter Wildarten zu berücksichtigen.“

- b) In Art. 18 Abs. 4 Satz 2 wird das Wort „Waldflächen“ durch das Wort „Flächen“ ersetzt.
- c) Art. 19 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Abs. 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „Satz 5 Nrn. 1 bis 3“ die Worte „und 5“ eingefügt.
 - bb) Es wird folgender Abs. 4 eingefügt:
„(4) Nehmen die Körperschaften die Betriebsleitung und die Betriebsausführung selbst wahr, so haben sie damit entsprechend forstfachlich qualifiziertes Personal zu beauftragen.“
 - cc) In Abs. 5 entfällt die Nr. 5; die bisherigen Nrn. 6 und 7 werden Nrn. 5 und 6.
 - dd) Die bisherigen Abs. 4 und 5 werden Abs. 5 und 6.
4. Nr. 17 erhält folgende Fassung:
„17. Art. 20 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Worte ‚private und körperschaftliche‘ werden gestrichen.
 - b) Der Punkt wird durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:
„dies umfasst auch die Aus- und Fortbildung der privaten Waldbesitzer an der Bayerischen Waldbauernschule. ‘ ‘“
5. Nr. 18 Buchst. c) erhält folgende Fassung:
„c) Es wird folgender Abs. 4 angefügt:
„(4)¹ Für die Erbringung besonderer Gemeinwohleistungen im Staatswald, die über die Anforderungen des Art. 18 Abs. 1 Sätze 1,3 und 4 sowie Satz 5 Nrn. 1 bis 3 und 5 hinausgehen, sind Zuwendungen nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel bereit zu stellen.² Solche Gemeinwohleistungen sind insbesondere Schutzwaldsanierung, Schutzwaldflege, Moorrenaturierung, die Bereitstellung von gesondert ausgewiesenen Rad- und Wanderwegen sowie Biotopverbundprojekte im Wald.““
6. Nr. 20 wird wie folgt geändert:
 - a) In Art. 27 Abs. 1 Nr. 2 werden die Worte „Land- und Forstwirtschaft“ durch die Worte „Landwirtschaft und Forsten“ ersetzt.
 - c) Art. 27 Abs. 2 Satz 2 wird gestrichen; die Satzbezeichnung des Satzes 1 entfällt.
7. Nr. 21 Buchst. a) erhält folgende Fassung:
„a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 2 wird aufgehoben; die bisherigen Nrn. 3 bis 9 werden Nrn. 2 bis 8.

- bb) In der neuen Nr. 2 werden die Worte „Art. 18 Abs. 3, Art. 19 Abs. 1“ durch die Worte „Art. 12a“ ersetzt.
- cc) In der neuen Nr. 4 werden die Worte „und dem Körperschaftswald gleichgestellten Wald“ gestrichen.
- dd) Die neue Nr. 6 erhält folgende Fassung:
„6. die Förderung der Forstwirtschaft und ihrer Selbsthilfeinrichtungen (Art. 19 bis 22),“
- ee) In der neuen Nr. 8 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.
- ff) Es werden folgende Nrn. 9 und 10 angefügt:
„9. die Sanierung der Schutzwälder nach Art. 10 Abs. 1,
10. Erhebungen zur Situation der Waldverjüngung und des Waldzustandes in regelmäßigen Abständen.“
- d) Buchst. c) entfällt.

8. Nr. 22 Buchst. a) erhält folgende Fassung:

- „a) In Satz 1 wird das Wort „Hilfsbeamte“ durch das Wort „Ermittlungspersonen“, die Worte „Revierbeamten der Staatsforstverwaltung“ durch die Worte „Beamten der unteren Forstbehörden“ und das Wort „Forstamtsbezirks“ durch das Wort „Amtsbezirks“ ersetzt.“

9. Nr. 24 erhält folgende Fassung:

- „24. Art. 32 Abs. 2 Nr. 1 erhält folgende Fassung:
1. Die zu Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft erklärten Beamten der unteren Forstbehörden sowie der Gemeinden und anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts (Forstschatzbeauftragte kraft Amts) und“

10. Die Nrn. 28 und 29 werden gestrichen; die bisherigen Nrn. 30 bis 38 werden die Nrn. 28 bis 36.

§ 2 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

1. Nach den Worten „Doppelbuchst. aa,“ werden die Buchst. „ff“ eingefügt und die Worte „Nr. 21 Buchst. c“ werden gestrichen.
2. Es wird folgender Satz 2 angefügt:
„² Die Neufassung des Art. 5 Abs. 1 tritt erst mit der Aufhebung des § 7 Bundeswaldgesetz – BWaldG – vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037, zuletzt geändert durch Art. 204 der Verordnung vom 29.10.2001 BGBl. I S. 2785) in Kraft.“

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge wurden dem Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit und der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz haben den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge mitberaten.
Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 26. Sitzung am 2. Februar 2005 und in seiner 27. Sitzung am 17. Februar 2005 beraten.
Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Enthaltung
B90 GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Die Änderungsanträge Drs. 15/2658, 15/2678 und 15/2661 wurden einstimmig für erledigt erklärt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs. 15/2683 wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Enthaltung
B90 GRÜ: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.
Durch die Aufnahme in I. hat er seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs. 15/2660, 15/2679, 15/2662, 15/2680, 15/2663, 15/2665, 15/2681, 15/2682, 15/2666, 15/2668, 15/2669, 15/2671 und 15/2672 wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs. 15/2664 und 15/2667 wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs. 15/2684 wurde mit folgendem Stimmergebnis:
 CSU: Ablehnung
 SPD: Enthaltung
 B90 GRÜ: Zustimmung
 A b l e h n u n g empfohlen.

3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 35. Sitzung am 01. März 2005 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
 CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 B90 GRÜ: kein Votum
 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses z u g e s t i m m t .

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs. 15/2660, 15/2679, 15/2662, 15/2680, 15/2663, 15/2664, 15/2665, 15/2681, 15/2682, 15/2683, 15/2666, 15/2667, 15/2668, 15/2684, 15/2669, 15/2671 und 15/2672 wurde mit folgendem Stimmergebnis:
 CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 B90 GRÜ: kein Votum
 A b l e h n u n g empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 60. Sitzung am 01. März 2005 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
 CSU: Zustimmung
 SPD: Enthaltung
 B90 GRÜ: Ablehnung
 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses z u g e s t i m m t .

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs. 15/2683 wurde mit folgendem Stimmergebnis:
 CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 B90 GRÜ: Zustimmung
 Z u s t i m m u n g empfohlen.
 Durch die Aufnahme in I. hat er seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs. 15/2660, 15/2679, 15/2662, 15/2680, 15/2663, 15/2664, 15/2665, 15/2681, 15/2682, 15/2666, 15/2667, 15/2668, 15/2669, 15/2671 und 15/2672 wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 B90 GRÜ: Zustimmung
 A b l e h n u n g empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs. 15/2684 wurde mit folgendem Stimmergebnis:
 CSU: Ablehnung
 SPD: Enthaltung
 B90 GRÜ: Zustimmung
 A b l e h n u n g empfohlen.

5. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 33. Sitzung am 02. März 2005 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
 CSU: Zustimmung
 SPD: Enthaltung
 B90 GRÜ: Ablehnung
 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses z u g e s t i m m t .

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs. 15/2683 wurde mit folgendem Stimmergebnis:
 CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 B90 GRÜ: Zustimmung
 Z u s t i m m u n g empfohlen.

Durch die Aufnahme in I. hat er seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs. 15/2660, 15/2679, 15/2662, 15/2680, 15/2663, 15/2665, 15/2681, 15/2682, 15/2666, 15/2668, 15/2669, 15/2671 und 15/2672 wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 B90 GRÜ: Zustimmung
 A b l e h n u n g empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs. 15/2664 und 15/2667 wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 B90 GRÜ: Enthaltung
 A b l e h n u n g empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs. 15/2684 wurde mit folgendem Stimmergebnis:
 CSU: Ablehnung
 SPD: Enthaltung
 B90 GRÜ: Zustimmung
 A b l e h n u n g empfohlen.

6. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 30. Sitzung am 17. März 2005 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses **z u g e s t i m m t**.

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs. 15/2683 wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Z u s t i m m u n g empfohlen.

Durch die Aufnahme in I. hat er seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs.

15/2660, 15/2679, 15/2662, 15/2680, 15/2663, 15/2665, 15/2681, 15/2682, 15/2666, 15/2668, 15/2669, 15/2671 und 15/2672 wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

A b l e h n u n g empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs. 15/2664 und 15/2667 wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

A b l e h n u n g empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs. 15/2684 wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

A b l e h n u n g empfohlen.

7. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge in seiner 27. Sitzung am 07. April 2005 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses **z u g e s t i m m t**, mit der Maßgabe, dass in § 2 Abs. 1 als Datum des Inkrafttretens der „1. Juli 2005“ eingefügt wird.

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs. 15/2683 wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

Z u s t i m m u n g empfohlen.

Durch die Aufnahme in I. hat er seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs.

15/2660, 15/2679, 15/2662, 15/2680, 15/2663, 15/2665, 15/2681, 15/2682, 15/2666, 15/2668, 15/2669, 15/2671 und 15/2672 wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

A b l e h n u n g empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge auf Drs.

15/2664 und 15/2667 wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Enthaltung

A b l e h n u n g empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags auf Drs.

15/2684 wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

B90 GRÜ: Zustimmung

A b l e h n u n g empfohlen.

Helmut Brunner

Vorsitzender